



Ausgabe 39

30. September 2021

# steuern + recht aktuell

Wichtige Änderungen in Recht und Gesetz

## Inhalt

### **Neues aus der Gesetzgebung & Finanzverwaltung**

Anwendung der Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers bei Organschaften  
BMF zur Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts zur Steuerverzinsung

### **Aktuelle Rechtsprechung**

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 30. September 2021  
Weitere Veröffentlichungen vom Tage  
Verfassungsbeschwerden gegen BFH-Urteile zur doppelten Besteuerung von Renten

# Neues aus Gesetzgebung & Finanzverwaltung

## Anwendung der Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers bei Organschaften

In einem Schreiben erläutert das Bundesfinanzministerium die Auswirkungen des BFH-Urteils vom 23. Juli 2020, wonach bei einer Organschaft der Organträger die Eingangsleistung bezieht, so dass es für die Frage der Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers auf die Außenumsätze des Organkreises ankommt. Der Umsatzsteuer-Anwendungserlass wird entsprechend geändert. Die Finanzverwaltung setzt sich in dem aktuellen BMF-Schreiben mit der BFH-Rechtsprechung auseinander und erläutert dabei deren Auswirkungen auf die Rechtslage in den jeweiligen Besteuerungszeiträumen.

Der Bundesfinanzhof (BFH) hatte in seinem Urteil vom 23. Juli 2020 ([V R 32/19](#)) in einem Fall der Erbringung von Bauleistungen durch Drittunternehmer entschieden, dass bei einer Organschaft der Organträger die Eingangsleistung bezieht, so dass es für § 13b Abs. 5 Satz 2 i. V. m. Abs. 2 Nr. 4 UStG auf die Außenumsätze des Organkreises ankommt und nicht auf die nichtsteuerbaren Innenumsätze der Organgesellschaft innerhalb des Organkreises. Das o. g. Urteil des BFH ist zur Rechtslage in den Besteuerungszeiträumen 2008 bis 2011 ergangen und somit vor der Änderung des Anwendungsbereichs der Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers auf Bauleistungen durch das sogenannte KroatienG – Gesetz zur Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens zur EU und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften – vom 25. Juli 2014. Ab diesem Zeitpunkt wird darauf abgestellt, ob der Leistungsempfänger nachhaltig entsprechende Leistungen erbringt, die alternativ mittels Vorliegens einer Bescheinigung nach dem Vordruckmuster USt 1 TG nachgewiesen werden können.

Das Bundesfinanzministerium stellt in seinem aktuellen Schreiben klar, dass der Leistungsempfänger gemäß § 13b Abs. 5 Satz 2 UStG die Steuer jedoch unabhängig davon schuldet, ob er sie für eine von ihm erbrachte Bauleistung verwendet, so dass es auf diesen direkten und unmittelbaren Zusammenhang zwischen Eingangs- und Ausgangs-Bauleistung nicht (mehr) ankommt. Nach dem o. g. BFH-Urteil V R 32/19 vom 23. Juli 2020 ist festzustellen, dass für die Anwendung der Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers nach § 13b Abs. 5 Satz 2 i. V. m. Abs. 2 Nr. 4 UStG nicht steuerbare Innenumsätze unbeachtlich sind. Dieser Grundsatz gilt allgemein und ist auf die Anwendung der Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers bei Lieferungen von Gas oder Elektrizität, bei der Reinigung von Gebäuden und Gebäudeteilen und bei sonstigen Leistungen auf dem Gebiet der Telekommunikation übertragbar.

Die Grundsätze des BMF-Schreibens sind in allen offenen Fällen anzuwenden.

### Fundstelle

BMF-Schreiben vom 27. September 2021 ([III C 3 – S 7279/19/10005 :003](#))

## BMF zur Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts zur Steuerverzinsung

In einer aktuellen Verlautbarung hat das Bundesfinanzministerium (BMF) zur Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 18. August 2021 zur Steuerverzinsung bis zu einer rückwirkenden gesetzlichen Neuregelung für Verzinsungszeiträume ab dem 1. Januar 2019 Stellung genommen.

Das BVerfG (Erster Senat) hatte entschieden, dass die Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen in § 233a in Verbindung mit § 238 Abs. 1 Satz 1 der Abgabenordnung (AO) verfassungswidrig ist, soweit der Zinsberechnung für Verzinsungszeiträume (nicht Veranlagungszeiträume) ab dem 1. Januar 2014 ein Zinssatz von monatlich 0,5 % zugrunde gelegt wird. Für Verzinsungszeiträume ab 2019 sei die Verzinsung in verfassungskonformer Weise neu zu regeln. Für Verzinsungszeiträume bis 31. Dezember 2018 ist das bisherige Recht aber weiter anwendbar (mehr dazu in unserem [Steuern & recht newsflash vom 18. August 2021](#)).

### Neues Anwendungsschreiben

Das BMF hat sich nun zur Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 8. Juli 2021 – 1 BvR 2237/14 und 1 BvR 2422/17 – bis zu einer rückwirkenden gesetzlichen Neuregelung zur Verzinsung nach §§ 233a, 238 Abs. 1 Satz 1 AO für Verzinsungszeiträume ab dem 1.1.2019 geäußert. Danach sind sämtliche erstmalige Festsetzungen von Nachzahlungs- und Erstattungszinsen nach § 233a AO für Verzinsungszeiträume ab dem 1.1.2019 gemäß § 165 Abs. 1 Satz 4 in Verbindung mit Satz 2 Nr. 2 und § 239 Abs. 1 Satz 1 AO auszusetzen. Für Verzinsungszeiträume ab dem 1.1.2019 anfallenden Nachzahlungs- oder Erstattungszinsen werden nicht festgesetzt. Die ausgesetzte Zinsfestsetzung soll nachzuholen sein, soweit und sobald die Ungewissheit durch eine rückwirkende Gesetzesänderung beseitigt ist (§ 165 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 AO).

Das BMF-Schreiben enthält außerdem Erläuterungen zu geänderten oder berichtigten Zinsfestsetzungen nach § 233a AO, mit vorläufigen Steuerfestsetzungen verbundene Zinsfestsetzungen nach § 233a AO, zu Einspruchsfällen, Rechtshängigen Fällen, zur Aussetzung der Vollziehung sowie zu Zinsen nach den §§ 234 bis 237 AO. Das BMF-Schreiben vom 14. Dezember 2018, geändert durch das BMF-Schreiben vom 27. November 2019, wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben. – Das aktuelle BMF-Schreiben tritt mit sofortiger Wirkung an die Stelle des zur vorläufigen Festsetzung von Zinsen nach § 233 in Verbindung mit § 238 Absatz 1 Satz 1 AO ergangenen BMF-Schreibens vom 2. Mai 2019.

### Fundstelle

BMF-Schreiben vom 17. September 2021 ([IV A 3 – S 0338/19/10004 :005](#)), veröffentlicht am 28. September 2021.



# Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 30. September 2021

**Urteil IV R 20/18:  
Schadensersatz wegen  
Prospekthaftung bei  
Beteiligung an einer  
gewerblich tätigen  
Fonds-KG**

17. März 2021

Der Schadensersatzanspruch eines Mitunternehmers wegen Prospekthaftung unterliegt der Einkommensteuer. Besteht die Verpflichtung zur Leistung von Schadensersatz Zug um Zug gegen Übertragung der Kommanditbeteiligung selbst, führt die Übertragung des wirtschaftlichen Eigentums an der Kommanditbeteiligung zu einem Veräußerungsgewinn nach § 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG. Besteht die Verpflichtung Zug um Zug gegen Abtretung von Ansprüchen, die nicht der Übertragung der Beteiligung selbst entsprechen, führt die Abtretung zu einem laufenden Sonderbetriebsgewinn nach § 15 EStG. Zinsen im Zusammenhang mit einem Schadensersatzanspruch aus Prospekthaftung sind dabei Bestandteil derjenigen betrieblichen Einkünfte, die aus dem Schadensersatz selbst erzielt werden.  
17. März 2021

[Zum Urteil](#)

## Weitere Veröffentlichung vom Tage:

### **Urteil IV R 21/18: Prospekthaftung bei Beteiligung an einer gewerblich tätigen Fonds-KG**

Im Wesentlichen inhaltsgleich mit BFH-Urteil vom 17.03.2021 IV R 20/18 – 17. März 2021

[Zum Urteil](#)

### **Urteil IV R 22/18: Prospekthaftung bei Beteiligung an einer gewerblich tätigen Fonds-KG**

Im Wesentlichen inhaltsgleich mit BFH-Urteil vom 17.03.2021 IV R 20/18 17. März 2021

[Zum Urteil](#)

### **Urteil IV R 23/18: Prospekthaftung bei Beteiligung an einer gewerblich tätigen Fonds-KG**

Im Wesentlichen inhaltsgleich mit BFH-Urteil vom 17.03.2021 IV R 20/18 17. März 2021

[Zum Urteil](#)

### **Urteil IV R 24/18: Prospekthaftung bei Beteiligung an einer gewerblich tätigen Fonds-KG**

Im Wesentlichen inhaltsgleich mit BFH-Urteil vom 17.03.2021 IV R 20/18 17. März 2021

[Zum Urteil](#)



**Beschluss I B 43/20 (AdV): Unterbrechung eines AdV-Verfahrens wegen Insolvenzeröffnung über das Vermögen des Antragstellers**

30. Juni 2021

[Zum Beschluss](#)

**Beschluss I B 75/20 (AdV): Einordnung einer US-amerikanischen LLC als Personen- oder Kapitalgesellschaft**

18. Mai 2021

[Zum Beschluss](#)

**Beschluss I B 76/20 (AdV): Einordnung einer US-amerikanischen LLC als Personen- oder Kapitalgesellschaft**

Inhaltsgleich mit BFH-Beschluss vom 18.05.2021 - I B 75/20 (AdV): Einordnung einer US-amerikanischen LLC als Personen- oder Kapitalgesellschaft

18. Mai 2021

[Zum Beschluss](#)

**Urteil III R 34/19: Übertragung kindbedingter Freibeträge**

14. April 2021

[Zum Urteil](#)

**Beschluss, III B 123/20: Kindergeld: Nordteil der Insel Zypern kein Mitgliedstaat i.S. des § 63 Abs. 1 Satz 6 EStG**

18. Februar 2021

[Zum Beschluss](#)

## Rechtsprechung im Blog

**Verfassungsbeschwerden gegen BFH-Urteile zur doppelten Besteuerung von Renten**

*Der Streit um die doppelte Besteuerung der Rente geht möglicherweise in die nächste Runde. Hinsichtlich der beiden am 31. Mai 2021 veröffentlichten Rentenurteile des Bundesfinanzhofes wurden mittlerweile Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Das Bundesverfassungsgericht wird nun prüfen, ob es die Beschwerden annimmt.*

Eine der Verfassungsbeschwerden betrifft das BFH Urteil vom 19.05.2021 (X R 33/19) zur Ermittlung der Höhe des Betrags einer etwaigen doppelten Besteuerung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen (mehr dazu in unserem [Blogbeitrag vom 31. Mai 2021](#)).



Die obersten Steuerrichter haben hier erstmals genaue Berechnungsparameter für die Ermittlung einer doppelten Besteuerung von Renten festgelegt. Sie stellten dazu fest, dass spätere Rentnerjahrgänge auf der Grundlage der Berechnungsvorgaben des BFH von einer doppelten Besteuerung ihrer Renten betroffen sein dürften. Dies folge daraus, dass der für jeden neuen Rentnerjahrgang geltende Rentenfreibetrag mit jedem Jahr kleiner wird. Er dürfte daher künftig rechnerisch in vielen Fällen nicht mehr ausreichen, um die aus versteuertem Einkommen geleisteten Teile der Rentenversicherungsbeiträge zu kompensieren. – Die Verfassungsbeschwerde ist beim Bundesverfassungsgericht unter dem Aktenzeichen 2 BvR 1140/21 anhängig.

In einer weiteren Entscheidung vom 19.05.2021 (X R 20/19), die nun ebenfalls Gegenstand einer Verfassungsbeschwerde ist, hat der BFH zahlreiche weitere Streitfragen zum Problem der sog. doppelten Rentenbesteuerung geklärt (weitere Informationen zu diesem Urteil in unserem [Blogbeitrag vom 31. Mai 2021](#)).

Der BFH hat hier nicht nur über die Behandlung von Leistungen aus der freiwilligen Höherversicherung zur gesetzlichen Altersrente und Fragen der sog. Öffnungsklausel entschieden. Er hat auch klargestellt, dass es bei Renten aus privaten Kapitalanlageprodukten außerhalb der Basisversorgung (kurz: privaten Renten), die – anders als gesetzliche Altersrenten – lediglich mit dem jeweiligen Ertragsanteil besteuert werden, systembedingt keine Doppelbesteuerung geben kann. – Die Verfassungsbeschwerde gegen dieses Urteil wird beim Bundesverfassungsgericht unter dem Aktenzeichen 2 BvR 1143/21 geführt.

## Fundstelle

BFH-online ([anhängige Verfahren](#))



Weitere interessante News und  
Entscheidungen finden Sie in unserem  
Blog Steuern & Recht

HIER





Alle aktuellen Veranstaltungen finden Sie in der PwC Veranstaltungssuche.

VERANSTALTUNGSSUCHE

## Noch Fragen?

Dann sprechen Sie bitte Ihren PwC-Berater an oder senden Sie eine E-Mail.

E-MAIL SENDEN

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer für Sie tätigen Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

### Redaktion

Gabriele Nimmrichter  
PricewaterhouseCoopers GmbH  
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37  
60327 Frankfurt am Main  
Tel.: (0 69) 95 85-5680  
gabriele.nimmrichter@de.pwc.com

Gunnar Tetzlaff  
PricewaterhouseCoopers GmbH  
Fuhrberger Straße 5  
30625 Hannover  
Tel.: (0 511) 53 57-3242  
gunnar.tetzlaff@de.pwc.com

### Datenschutz

Die Datenverarbeitung für den Versand des Newsletters erfolgt aufgrund der Grundlage Ihrer Einwilligung. Sie können den Newsletter jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen und Ihre Einwilligung damit widerrufen

© 2021 PwC. All rights reserved. PwC refers to the PwC network and/or one or more of its member firms, each of which is a separate entity.

Please see [www.pwc.com/structure](http://www.pwc.com/structure) for further details.

